

Kommunalwahl queer - wen sollen LSBTTIQ in Konstanz wählen und warum?

1) In Zeiten, in denen queerfeindliche Anfeindungen und Angriffe wieder zunehmen, gerade in Städten: Wie wollen Sie sich in Ihrer Kommune oder Ihrem Kreistag allgemein in Zukunft für queere Menschen einsetzen? Welche Überlegungen dazu haben in Ihrem Wahlprogramm Eingang gefunden?

Jede:r sollte sich in Konstanz bewegen können ohne Angst vor gewaltvollen Übergriffen zu haben. Gerade in solchen Fällen sollte null Toleranz gegenüber Täter:innen gezeigt werde. Denkbar wäre etwa Stellen zu schaffen, die in solchen Fällen Rechtsberatung anbieten, oder um Übergriffe generell zu verhindern, etwa Awareness-Teams in Städten einzusetzen, die einschreiten könnten.

2) Der Beratungsbedarf von queeren Menschen in all ihren Belangen ist wieder gestiegen. Dazu braucht es Räume, zusätzlich braucht es Schutzräume für die verschiedenen Gruppen. In Stuttgart gibt es beispielsweise von der Stadt in Trägerschaft von uns, dem LSVD BW, ein Beratungszentrum für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen. Es gibt kommunal geförderte queere Zentren, es gibt Unterstützung der Städte bei großen, wichtigen Ereignissen wie dem CSD oder dem IDAHOBITA. Nach wie vor ist aber sehr viel davon selbstverwaltet und entsteht in ehrenamtlicher Arbeit. Was wollen Sie dafür tun, diese Strukturen zu erhalten, zu unterstützen und auszubauen?

Gerade im Zusammenhang mit dem CSD, könnte man, wie auch bei der Konstanzer Fasnacht, eine Ansprechpartner:in im bestehenden Präventionsrat etablieren, um sich an der Planung zu beteiligen und den CSD grundsätzlich sicherer zu machen.

3) Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang speziell zur Förderung und Beratung folgender Gruppen innerhalb der queeren Community einen Beitrag leisten?

- Jugendliche und junge Erwachsene (gemeint ist hier auch beispielsweise Schulaufklärung und speziell Beratung und Aufklärung im Bereich trans)

- Regenbogenfamilien und queere Familiengründende

- Geflüchtete

- ältere Menschen, vor allem schwule und lesbische Senior:innen

Gerade in der Schule ist es wichtig junge Leute über Sexualität aufzuklären. Der Biologieunterricht, der sich mit diesem Thema beschäftigt, ist in den meisten Schulen oft überholt. Es wäre wünschenswert, dass sich dahingehend etwas ändern würde und dass in Schulen im Zusammenhang mit Sexualekundeunterricht nicht nur die heteronormative

Vorstellung von Beziehungen, Liebe und Sex beigebracht werden würde. Allerdings obliegt eine solche Änderung leider dem Kultusministerium. Allerdings wäre es durchaus denkbar, dass sich kommunale Politiker:innen beim Land für diese Änderung einsetzen. Auch Beratungsstellen an Schulen aber auch außerschulische sind absolut notwendig. Letzteres ebenso im Zusammenhang mit queeren Geflüchteten. Queer zu sein ist in einigen Ländern noch strafbar und die Menschen sind oft von den Verfolgungen traumatisiert. Auch bräuchte es Beratungsstellen für schwule und lesbische Senior:innen, die zumeist in einer Zeit aufwuchsen in der das heteronormative Familienbild vorherrschte und queere Sexualität absolut verpönt und geächtet war. Berater:innen sollten speziell für diese Hintergründe geschult sein, um qualifizierte Beratung leisten zu können.

4) Letztere Gruppe ist auch oft von Mehrfachdiskriminierung betroffen bzw. der allgemein schwierigen Lage im Gesundheitswesen und in der Pflege. Es gibt aber Ansätze, gerade diese Gruppe besser zu unterstützen, aber sie sind meistens eher privat, beispielsweise hat in Stuttgart ein queeres Pflegeheim in privater Trägerschaft eröffnet, im Rhein-Neckar-Raum gibt es die Initiative "Q50", die sich fragt, warum sich die Kommunalpolitik nicht mit dem Thema "Queer im Alter" und "Fürsorge-Gemeinschaften" beschäftigt, denn aufgrund des demografischen Wandels werden in Kürze mehr Menschen, auch in der Community, alt und eventuell pflegebedürftig werden. Haben Sie darauf Antworten, beschäftigen Sie sich mit dem Thema? Wie kann hier eine bessere Struktur kommunal aufgebaut oder unterstützt werden? Wie könnten hier ehrenamtliche Initiativen unterstützt werden?

Da wir selbst bei den Freien Wählern Konstanz keine queere Menschen haben, fehlen uns oft zugegebenermaßen die Berührungspunkte mit ebensolchen Thematiken. Aber wir sind gewillt zu lernen und uns auch damit auseinanderzusetzen. Queere Menschen gab es schon immer und sie waren Jahrtausendlang von schwerer Stigmatisierung betroffen, deswegen ist es wichtig für queere Senior*innen sichere Räume zu schaffen.

5) Auch bei HIV-Infizierten ist in der Vergangenheit der Beratungsbedarf gestiegen. Zudem gab es Engpässe in der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit HIV. Wie setzt sich Ihre Liste/Ihre Partei hier ein, um dem entgegenzuwirken?

HIV ist eine Krankheit, die, wie wir alle wissen, im schlimmsten Falle tödlich enden kann. Es ist außerdem keineswegs eine, wie der weit verbreitete Irrglaube in den 1980 – 1990er Jahren suggerierte, „queere Krankheit“. Jede:r kann sich mit HIV infizieren. Es ist wichtig diese Erkrankung weiterhin zu endstigmatisieren und eine angemessene Versorgung zu sichern.

6) *In einigen Städten ist das Thema LSBTTIQ schon in der Stadtverwaltung angekommen, Städte wie Mannheim haben bereits eine entsprechende Beauftragung mit Ansprechpersonen. In Städten, wo dies nicht der Fall ist: Haben Sie vor, eine LSBTTIQ-Koordinierungsstelle zu schaffen und damit für mehr Sichtbarkeit zu sorgen? In Städten, wo dies bereits der Fall ist: Wie kann die Stelle in Zukunft dafür sorgen, dass queere Menschen noch sichtbarer werden?*

Wir haben bereits im Gemeinderat dafür gestimmt, dass beim Landkreis in Kooperation mit dem Sozial- und Jugendamt Konstanz eine LSBTTIQ-Koordinierungsstelle eingerichtet werden soll. Die Sichtbarkeit von queeren Menschen könnte beispielsweise durch ein breiteres kulturelles Angebot gesteigert werden. Letztens war ja im KULA eine Queer-Party und ebensolche Veranstaltungen sollten häufiger stattfinden, um für queere Menschen sichere Räume und gleichzeitig Sichtbarkeit zu schaffen.

7) *Jede Stadt hat Partnerstädte. Queere Menschen sind in anderen Ländern teilweise noch stärker Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt als in Baden-Württemberg. Um hier Zeichen zu setzen und international etwas für den Schutz queerer Menschen zu tun, gibt es zwei Werkzeuge, die vor einigen Jahren schon stark diskutiert, aber nicht überall genutzt wurden: Städte können sich zur "LGBTIQ Freedom Zone" erklären und dem Netzwerk "Rainbow Cities" beitreten. Haben Sie vor, sich dafür einzusetzen, ggf. beizutreten und darüber hinaus bei den Partnerstädten entsprechend für queere Menschen einzutreten? Dies ist nicht zuletzt zur gleichzeitig stattfindenden Europawahl und der folgenden Fußball-EM wichtig.*

In Konstanz sind grundsätzlich alle Menschen willkommen, deswegen ist es absolut denkbar die Stadt zur „LGBTIQ Freedom Zone“ zu erklären. Eine Stadt sollte alle seine Bürger*innen repräsentieren. Auch im Zusammenhang mit Partnerstädten, sollte sich für queere Menschen eingesetzt werden. Liebe ist und sollte auch keine Straftat sein.